

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

KIRGISTAN IN DER EURASISCHEN WIRTSCHAFTSUNION PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN USBEKISTAN

■ ANALYSE

Die Mitgliedschaft Kirgistans in der Eurasischen Wirtschaftsunion: Eine Vernunftfehe? 2
Von Sebastien Peyrouse, Washington D. C.

■ STATISTIK

Das BIP Kirgistans im Vergleich 5
Import und Export Kirgistans 6

■ DOKUMENTATION

Alles wie immer – Präsidentschaftswahlen in Usbekistan 8

■ CHRONIK

21. März bis 17. April 2015 10
Kasachstan 10
Kirgistan 11
Tadschikistan 14
Turkmenistan 16
Usbekistan 17



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen werden unterstützt von:

MANGOLD
Consulting

VDW
Verband der Deutschen
Wirtschaft in der
Republik Kasachstan

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Die Mitgliedschaft Kirgistans in der Eurasischen Wirtschaftsunion: Eine Vernunftfehe?

Von Sebastien Peyrouse, Washington D. C.

Zusammenfassung

Die Mitgliedschaft Kirgistans in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EEU) wird als wichtiger Schritt auf dem Weg zur Entwicklung des Landes präsentiert, da die Regierung derzeit nicht in der Lage ist, es wirtschaftlich und sozial wieder auf Kurs zu bringen. Allerdings vereint das Thema auch Experten und Teile der Bevölkerung, die den damit verbundenen ökonomischen und politischen Risiken kritisch gegenüberstehen: Sie befürchten Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs, den möglichen Verlust von Kirgistans Status als einer der wichtigsten Re-Exporteure von chinesischen Produkten und einen größeren Einfluss Russlands auf die inneren Angelegenheiten des Landes.

Am 23. Dezember 2014 unterzeichnete der kirgisische Präsident Almasbek Atambajew ein Abkommen zur Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EEU), das im Mai 2015 in Kraft treten soll. Die Wahl dieser beiden Termine besitzt hohe Symbolkraft: Der erste erinnert – plus minus ein paar Tage – an die Entscheidung zur Auflösung der Sowjetunion, der zweite an den 70. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Das Abkommen soll nicht nur als endgültiger Schlussstrich unter die dunklen Abschnitte des 20. Jahrhunderts verstanden werden, sondern auch als Beginn einer neuen Epoche der Entwicklung und des Friedens im eurasischen Raum. Für Kirgistan wird es als wichtiger Schritt in der Entwicklung des Landes präsentiert, da die Regierung derzeit nicht in der Lage ist, den Staat wirtschaftlich und sozial wieder auf Kurs zu bringen. Dieses Argument findet jedoch keine einhellige Zustimmung: Im Spannungsfeld zwischen Kirgistans Zukunft und einer politischen Instrumentalisierung der Mitgliedschaft vereint das Thema EEU Experten und Teile der Opposition wie auch der übrigen Bevölkerung, die den mit dieser Union verbundenen ökonomischen und politischen Risiken kritisch gegenüberstehen.

Die EEU – Rettung für Kirgistan?

Kirgistan war eine der ärmsten Republiken der ehemaligen Sowjetunion und ist bis heute sehr arm geblieben. Das BIP des Landes ist mit 7,2 Mrd. US-Dollar (Angaben der Weltbank) eines der niedrigsten in Zentralasien. Die Wirtschaft des kleinen Staates mit lediglich knapp 6 Mio. Einwohnern beruht im Wesentlichen auf der Goldgewinnung in der Kumtor-Mine (aktuell Gegenstand diverser politisch-rechtlicher Verwicklungen, die zu einer erheblichen Verlangsamung des Betriebes geführt haben), Rücküberweisungen (mehr als 500.000 Kirgisen verlassen jährlich das Land, um in Russland und Kasachstan zu arbeiten) und dem Import von Gütern aus China, die anschließend in andere Nach-

folgestaaten der Sowjetunion re-exportiert werden. Seit Erlangung seiner Unabhängigkeit hat Kirgistan mit spezifischen sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen (Armut, Arbeitslosigkeit, nicht funktionierendes Bildungs- und Gesundheitssystem etc.). Dies hat im Zusammenwirken mit politischen Machtspielen und Korruption dazu geführt, dass regelmäßig soziale Unruhen auftreten. Bei dem gravierendsten Ereignis dieser Art 2010 im Fergana-Tal 2010 kamen mehrere hundert Menschen ums Leben.

Um diese schwierige Situation in den Griff zu bekommen, hat Kirgistan diverse multilaterale Integrationsprojekte unterstützt. Durch den Beitritt zur EEU erhält das Land Zugang zu deren integriertem Energiemarkt. Angesichts der Tatsache, dass es jedes Jahr aufs Neue Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Gas und Strom gibt (eine der Hauptursachen für soziale Unruhen), ist dies ein wichtiger Bonus. Da das Land nicht in der Lage war, seine Gasschulden gegenüber seinem Hauptlieferanten Usbekistan zu begleichen, hat dieser seine Gaslieferungen bereits mehrere Male vorübergehend eingestellt. Kirgistans Entschluss, der EEU beizutreten, war höchstwahrscheinlich eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass Moskau sich verpflichtet hat, die Gasversorgung des Landes sicherzustellen. Diese Verpflichtung läuft darauf hinaus, dass Russland die Kontrolle über den kirgisischen Gassektor zurückgewinnt. Gazprom kaufte 2014 KyrgyzGaz für den symbolischen Preis von 1 US-Dollar im Austausch gegen notwendige Investitionen in Höhe von 600 Mio. US-Dollar zur Modernisierung der gesamten Gas-Infrastruktur des Landes, die sich gegenwärtig in einem desolaten Zustand befindet.

Die EEU soll Migranten freies Reisen garantieren – ein lebenswichtiger Faktor für einen Staat, dessen BIP zu einem Anteil von 28 % aus Rücküberweisungen generiert wird. Tatsächlich ist der Umfang der Geldüberweisungen durch Migranten während der letzten mehr

als zehn Jahre stetig gewachsen (außer nach der Krise 2008). Und schließlich soll die EEU Kirgistan auch beträchtliche finanzielle Unterstützung sichern. Moskau hat Bischkek Finanzhilfen in Höhe von 1,2 Mrd. US-Dollar zugesagt (ein erheblicher Betrag für einen Staat, dessen Jahresbudget kaum mehr als 2 Mrd. US-Dollar beträgt), um die Kooperation im Industriesektor zu entwickeln (Näh- und Textilindustrie, verarbeitende Industrie, Bergbau und Metallurgie, Transport, Wohnungsbau, Entwicklung von Unternehmertum und Infrastruktur). Außerdem soll ein Sonderfonds mit einem Volumen von 500 Mio. US-Dollar geschaffen werden, dessen Funktion und Statuten jedoch erst noch festgelegt werden müssen. Weitere 200 Mio. US-Dollar werden bereitgestellt, damit Kirgistan die Bedingungen erfüllen kann, die an eine Mitgliedschaft in der EEU geknüpft sind. Darüber hinaus hat Kasachstan dem Land 170 Mio. US-Dollar zugesagt.

Oder eine Bedrohung für die Grundlagen der kirgisischen Wirtschaft?

Dieses rosige Bild, das von Atambajew und den beiden wichtigsten Vertretern der EEU, Wladimir Putin und dem kasachstanischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew, propagiert wird, bietet Anlass zu Diskussionen. Diverse Experten heben die negativen wirtschaftlichen Effekte hervor, welche die Mitgliedschaft für Kirgistan haben dürfte. Da ist zunächst einmal der Anstieg der Importzölle, die mehrheitlich an das höhere Niveau der russischen Zölle angepasst werden. Dies wird zu Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs führen. Für ein Land, das eine beständige flächendeckende Grundversorgung seiner Bevölkerung nicht garantieren kann, dürfte dies ein echter Grund zur Sorge sein.

Für manche Ökonomen erwächst das weitaus größte Risiko aus dem möglichen Verlust von Kirgistans Status als einer der wichtigsten Re-Exporteure chinesischer Güter in die Länder der Region. Dieser wurde bereits durch die Unterzeichnung der Vereinbarung zur Zollunion durch Kasachstan im Januar 2010 unterminiert. Die neuen Importzölle für Güter aus Drittstaaten, die höher sind als die durch das aktuelle Zollsystem Kirgistans festgeschriebenen, könnten die chinesisch-kirgisischen Handelsbeziehungen gefährden. Hinzu kommt, dass durch eine Verstärkung der Grenzsicherung der illegale Handel zwischen China und Kirgistan zurückgehen dürfte. Durch die Versorgung des kirgisischen Marktes mit chinesischen Produkten, die zu weit geringeren Kosten als Waren aus Russland, der Türkei oder Iran zu haben sind, trug der Handel mit China dazu bei, die Inflation zu begrenzen. Kirgisischen Statistiken zufolge erreichte dieser Handel 2013 ein Volumen von 1,5 Mrd.

US-Dollar, wobei chinesische Quellen behaupten, er sei auf 5 Mrd. US-Dollar angewachsen. Die Diskrepanz wird durch die Tatsache erklärt, dass ein Großteil der Produkte nicht bei den kirgisischen Behörden verzollt wurde. Zudem hat seit 2000 der chinesisch-kirgisische Handel die Entstehung zahlreicher Märkte ermöglicht, darunter die Großhandelsmärkte Dordoi (in Bischkek) und Karasuu (nahe Osch, Anm. der Red.), wodurch Zehntausende Arbeitsplätze entstanden (2014 waren 60.000 Menschen direkt oder indirekt für den Dordoi beschäftigt). Ein signifikanter Rückgang dieses Handels, ob nun legal oder als Teil der Schattenwirtschaft, würde die Infrastruktur bedrohen, die mit diesem Warenaustausch verbunden ist, und die mögliche Schließung von Basaren würde die Arbeitslosenquote nach oben treiben.

Man hat verschiedene Lösungen ins Auge gefasst, um einen Rückgang des Handels mit China und die damit verbundenen Auswirkungen auf die kirgisische Gesellschaft zu verhindern. Laut Andrej Slepnew, Handelsminister der Eurasischen Wirtschaftsunion, verfügt Kirgistan über ein spezielles Regelwerk, das es dem Land ermöglicht, Importzölle auf differenzierte Weise anzuwenden und damit sicherzustellen, dass der Zustrom chinesischer Waren, die für den einheimischen Konsum notwendig sind, erhöht werden könnte. Zudem prüft Peking die Möglichkeit, chinesische Unternehmen in Kirgistan anzusiedeln und auf dem Territorium des Landes Produkte für den Export in den eurasischen Raum herzustellen. So könnte China Einfuhrzölle auf seine Produkte umgehen, da diese dann in der EEU hergestellt wären. Das Land hat bereits sein Interesse an der Kabelfabrik in Kaidinskij, der Zuckerfabrik in Belowod, dem Molkereibetrieb in Tokmok und der Werkzeugmaschinenfabrik in Kara-Balta bekundet. Obwohl diese Projekte vermutlich die weitere Ausbreitung China-feindlicher Tendenzen in nationalistisch gesinnten Kreisen der Bevölkerung und Teilen der Medien befeuern würden, könnte Kirgistan, dessen Investitionsmittel zur Umgestaltung der einheimischen Industrie begrenzt sind, tatsächlich von einem solchen Engagement profitieren. Fertigerzeugnisse machen bereits seit mehr als zehn Jahren einen Anteil von über 80 % an den chinesischen Exporten nach Zentralasien aus, während das Land von dort vor allem Rohstoffe importiert – ein Ungleichgewicht, das allen Staaten in der Region grundlegende Sorge bereitet. Solche Projekte würden dazu beitragen, die chinesisch-kirgisische Handelspolitik anders auszurichten – wenn auch nur in moderatem Umfang. Angesichts der gewaltigen in der Volksrepublik China vorhandenen Produktionskapazitäten dürfte der Umfang chinesischer Produktion auf zentralasiatischem Gebiet auch in Zukunft beschränkt bleiben, zumindest auf kurze Sicht.

Einige andere Volkswirtschaftler zeichnen ein positiveres oder zumindest differenzierteres Bild. Roman Mogilevsky (kirgistanischer Ökonom, Anm. der Redaktion) benennt verschiedene Elemente, die sich förderlich auf die kirgisische Wirtschaft auswirken könnten. Die Übernahme des Gemeinsamen Zolltarifs der EEU bedeutet eine substanzielle Erhöhung des Meistbegünstigungstarifs, der für Importe aus allen Nicht-EEU-Staaten und Nicht-GUS-Staaten gilt. Und die Staatsfinanzen werden von höheren Mehrwertsteuereinnahmen profitieren. Darüber hinaus könnten nicht nur die Landwirtschaft und Nahrungsmittelherstellung, sondern auch die Bekleidungsindustrie durch vereinfachten Zugang zu den Exportmärkten in Russland und Kasachstan einigen Auftrieb erhalten.

Politische und geopolitische Hintergründe

Offiziell ein ökonomisches Gebilde, stellt die EEU vor allem auch eine Sicherheitsgarantie dar, und zwar eine, die auf politischen wie wirtschaftlichen Prioritäten basiert. Angesichts der immer wiederkehrenden Spannungen mit Taschkent bietet die bessere Sicherung der Grenzen, die die Union mit sich bringen wird, eine zusätzliche Sicherheitsgarantie für einen Staat, der in regelmäßigen Abständen die Reaktionen seines Nachbarn und dessen politische und militärische Einmischung fürchtet. Die Mitgliedschaft Kirgistans in der EEU kommt daher einer inoffiziellen Zustimmung gleich, Moskau tiefgehend in die Sicherheitsfragen des Landes einzubeziehen.

Angesichts der Aussage Putins, dass der Zusammenbruch des Sowjetimperiums »die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts« gewesen sei, sieht sich Moskau dem Verdacht ausgesetzt, eine neue Sowjetunion schaffen zu wollen und zu diesem Zweck Methoden anzuwenden, die die instabilsten Staaten der Region wie Kirgistan in sie hineinpressen. So etwa mit der Drohung, die offiziellen Quoten für Arbeitsmigranten in Russland zu senken – eine Maßnahme, die für einen Staat, in dem Rücküberweisungen eine tragende Säule der sozialen Stabilität sind, schwere Folgen haben würde. Die Hebel zur Einflussnahme, die der russischen Regierung zur Verfügung stehen, werden daher sowohl ökonomischer wie politischer Natur sein. Sie könnten dazu führen, dass sich Kirgistan größerem Druck ausgesetzt sähe, was die Wahl seines politischen Systems betrifft, denn Moskau hat sich, gemeinsam mit den Regimes anderer Staaten der Region, 2010 gegen die Etablierung eines parlamentarischen Systems in Bischkek ausgesprochen. In diesem Zusammenhang stellen sich also einige Fragen, doch: Welche Wahl hat Kirgistan angesichts des instabilen Zustands seiner Wirtschaft und der fundamentalen Bedrohung seiner Zukunft durch die bestehenden sozialen Probleme, außer der EEU beizutreten?

Auf wirtschaftlicher Ebene hat der exponentiell wachsende Einfluss Chinas in Kirgistan eine andauernde Debatte über die Notwendigkeit ausgelöst, eine bessere Balance zwischen den externen Kräften herzustellen, die die Wirtschaft des Landes bestimmen. Während der Westen sich auf breiter Front aus der Region zurückgezogen und nur wenig dorthin investiert hat, ist Russland zum wichtigsten externen Schlüsselfaktor avanciert, und das sowohl in volkswirtschaftlicher Hinsicht wie auch in Sicherheitsfragen. Wahrscheinlich hat Kirgistan in der Tat keine andere Wahl: Die Schwäche seiner Wirtschaft, die soziale Instabilität und die Risiken einer Destabilisierung und sozialer Unruhen gestatten es dem Land nicht, sich als souveräner politischer Akteur innerhalb Eurasiens zu entwickeln, wie es der Nachbar Usbekistan und auch Turkmenistan anstreben. Abgesehen davon dürfte sich der politische Einfluss Russlands auf Kirgistan verstärken und der Eintritt des Landes in die EEU nur die Fortsetzung des bereits vor Jahren begonnenen Prozesses der Institutionalisierung des russischen Würgegriffs sein. Was wirklich zur Debatte steht, ist allerdings nicht so sehr die Notwendigkeit oder die Art und Weise des Beitritts, sondern eher die Überlebensfähigkeit der EEU selbst, die sich zahlreichen Problemen in Fragen der Entscheidungsgewalt und wirtschaftlicher Regulierung gegenübersteht.

In diesem Kontext hitziger Debatten wird sich die EEU mit Sicherheit zum Wahlkampfthema entwickeln und damit zu einer Entscheidung über Kirgistans politische Zukunft. Die nächsten Parlamentswahlen werden im Herbst 2015 stattfinden, Wahlen auf lokaler Ebene stehen 2016 an und 2017 wird es Präsidentschaftswahlen geben. Erfolg oder Scheitern der Mitgliedschaft des Landes in der EEU werden zum Testfall für die Führung unter Atambajew werden. Die Opposition, insbesondere nationalistische Kreise, die den Verlust der nationalen Souveränität fürchten, werden künftiges Scheitern im wirtschaftlichen und sozialen Bereich ohne Zögern der Mitgliedschaft in der EEU anlasten, auch wenn sie selbst keine klare Alternative aufzeigen, wie die zahlreichen Probleme des Landes gelöst werden können. Tatsächlich ist die allgemein schwierige ökonomische und politische Lage Kirgistans noch auf eine Reihe anderer Faktoren zurückzuführen. Diese sind vor allem innenpolitischer Natur (politische und soziale Instabilität, Investitionsbedingungen, Korruption), aber auch externer Art (Auswirkungen der Ukraine-Krise, Sanktionen des Westens gegen Russland und vor allem die russische Wirtschaftskrise und die Abwertung des Rubels).

Aus dem Englischen von Katrin Harlaß

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor:

Dr. Sebastien Peyrouse ist Forschungsprofessor beim Zentralasien-Programm des Institute for European, Russian and Eurasian Studies an der George Washington University, Washington D.C.. Zu seinen Spezialgebieten zählen die politischen Systeme Zentralasiens, soziale und religiöse Themen sowie die geopolitische Stellung Zentralasiens gegenüber China, Indien und Südasien.

Der vorliegende Artikel ist eine Übersetzung von »Kyrgyzstan's Membership in the Eurasian Economic Union: A Marriage of Convenience?«, der in Russian Analytical Digest Nr. 165 (17.3.2015), S. 10–12 <http://www.css.ethz.ch/publications/DetailansichtPubDB_EN?rec_id=3271> erschienen ist.

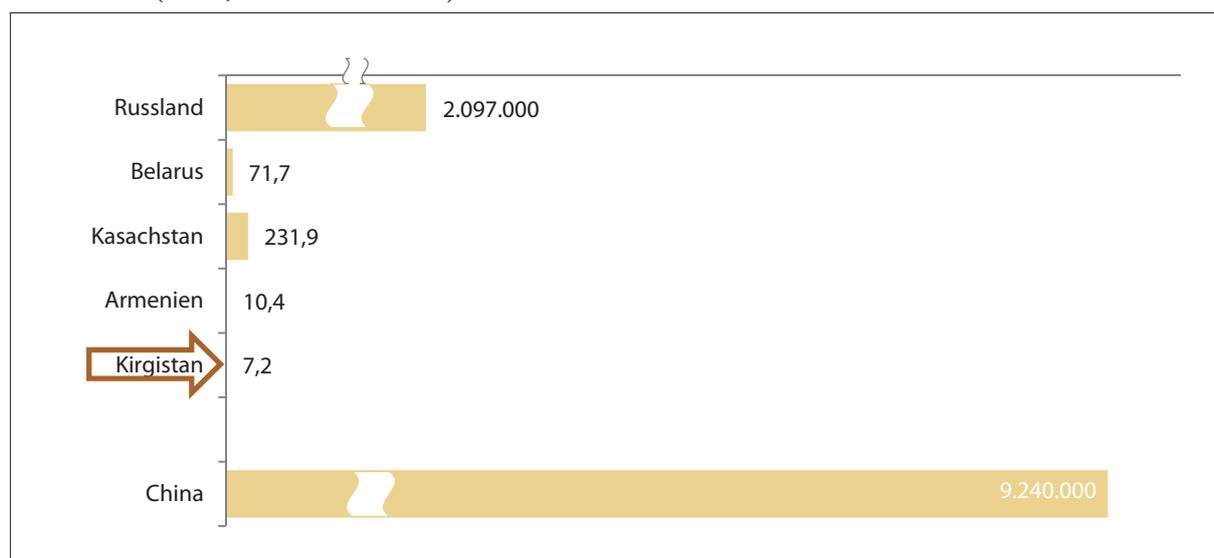
Lesetipps:

- Medet Tiulegenov, A certain path to an uncertain future: Kyrgyzstan's accession to the Customs Union/Eurasian Economic Union, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2015, herunterzuladen von: <<https://www.fes.de/international/publikationen/kirgisien.php>>
- George Voloshin, Kyrgyzstan Draws Closer to Eurasian Union Amid Crisis in Russia, in: Jamestown Eurasia Daily Monitor (EDM) 12/5, 9.1.2015, = <http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=43386&tx_ttnews%5BbackPid%5D=786&no_cache=1#.VLjTcS5USko>
- Chris Rickleton, Central Asia: Can China's Silk Road Vision Coexist with a Eurasian Union?, in: Eurasianet.org, 12.11.2014, = <<http://www.eurasianet.org/node/70891>>

STATISTIK

Das BIP Kirgistans im Vergleich

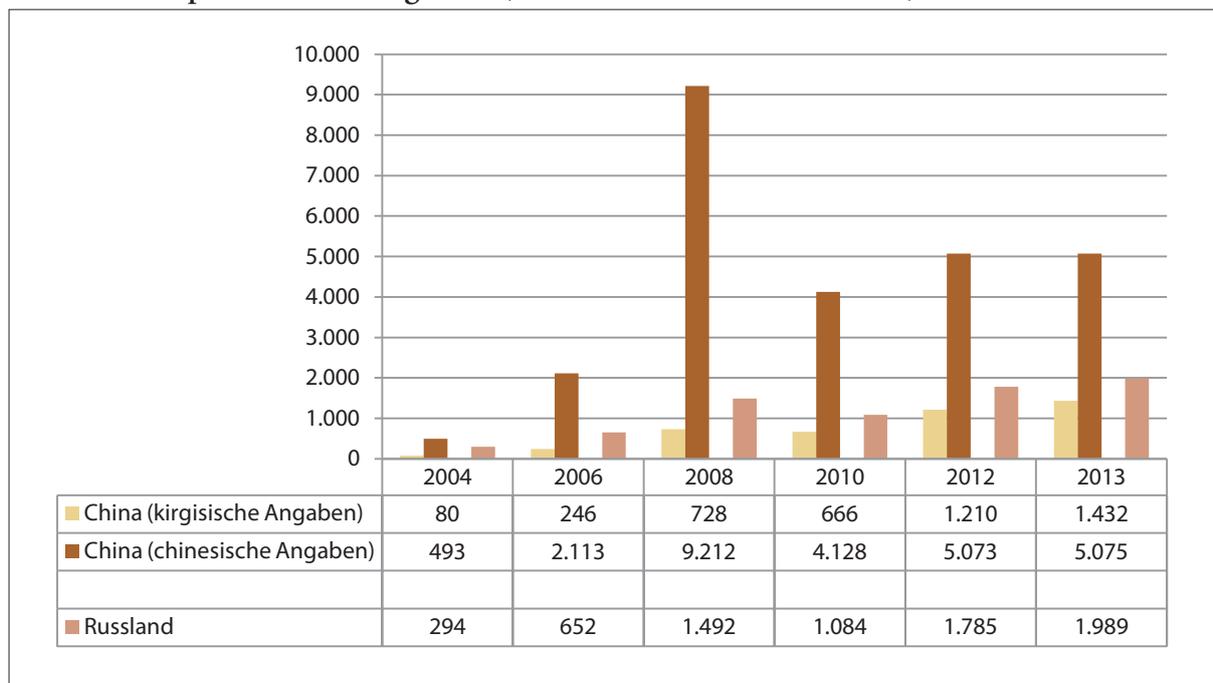
Grafik 1: BIP der Staaten der Eurasischen Wirtschaftsunion und Chinas im Vergleich (2013, Mrd. US-Dollar)



Quelle: <<http://data.worldbank.org/country>>

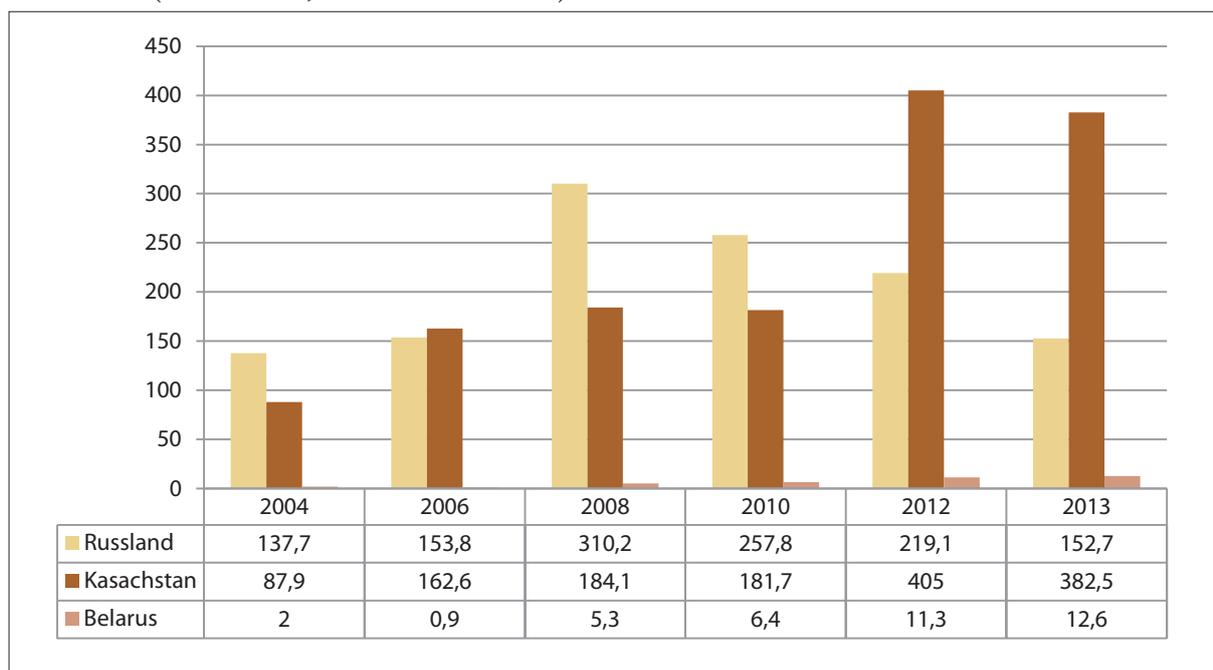
Import und Export Kirgistans

Grafik 1: Importvolumen Kirgistans (2004–2013, in Mio. US-Dollar)



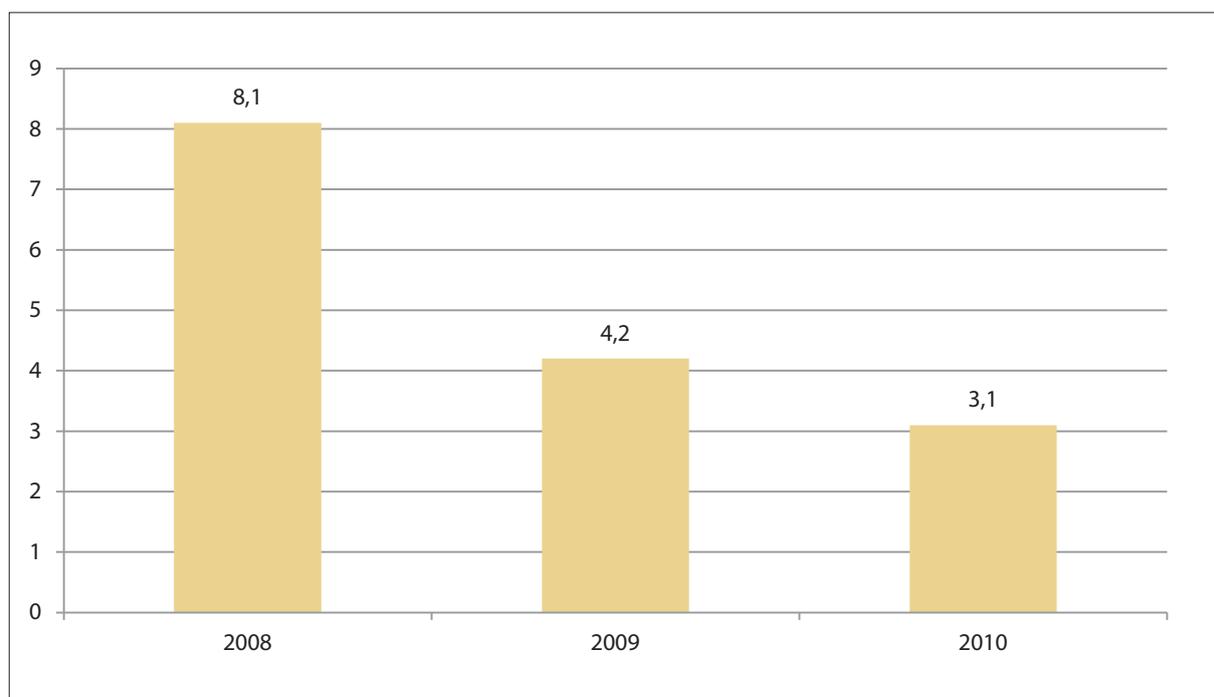
Quelle: UN Comtrade Database; <<http://comtrade.un.org/data/>>; National Bureau of Statistics of China; <<http://www.stats.gov.cn/english/Statisticaldata/AnnualData/>>

Grafik 2: Exportvolumen Kirgistans in die Länder der Eurasischen Wirtschaftsunion (2004–2013, in Mio. US-Dollar)



Quelle: UN Comtrade Database; <<http://comtrade.un.org/data/>>

Grafik 3: Volumen des Re-exports von »Bazaarwaren«* durch Kirgistan
(Schätzung, 2008–2010, in Mrd. US-Dollar)



* Gemeint sind Textilien, Stoffe, Schuhe, Haushalts- und Gebrauchswaren.

Quelle: Vashakmadze, Kaminski und Mironova, 2011, zitiert nach Mogilevskii, Roman (2012): *Re-export Activities in Kyrgyzstan: Issues and Prospects*; <<http://www.ucentralasia.org/downloads/UCA-IPPA-WP-9-Reexport-Eng.pdf>>

Alles wie immer – Präsidentschaftswahlen in Usbekistan

In Usbekistan wurde schon wieder gewählt. Das ist kein Zufall, denn die Wahlen von Parlament und Präsident sind gesetzlich miteinander verknüpft: Die Wahl des Präsidenten muss seit 2012 spätestens 90 Tage nach Bekanntgabe der endgültigen Ergebnisse der Parlamentswahl stattfinden. Nachdem die Volksvertretung am 21. Dezember 2014, bzw. bei erforderlichem zweitem Wahlgang am 4. Januar 2015 gewählt wurde, entsprach der Wahltermin 29. März also den gesetzlichen Vorgaben. Umstritten ist dagegen die Gesetzmäßigkeit der Kandidatur des Dauerpräsidenten Islam Karimow, der im März sein 25. Amtsjubiläum hätte begehen können. Er wurde bereits 1989 zum 1. Parteisekretär der Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik bestimmt, im März 1990 dann vom Obersten Sowjet ins neu geschaffene Präsidentenamt gewählt. Seit der Unabhängigkeit im August 1991 hat er sich drei Mal (1991, 2000, 2007) von der Bevölkerung im Amt bestätigen lassen, zwei Mal wurde seine Amtszeit per Referendum verlängert (1995, 2002). Die Verfassung enthält für das Präsidentenamt eine Begrenzung auf zwei Amtszeiten. Das Regime argumentiert aber, dass es seit der letzten Wahl eine Verfassungsänderung gegeben habe und damit eine neue Zählung beginne, wahlweise auch, dass man die Jahre addieren müsse und da die Amtszeit 2011 von sieben auf fünf Jahre verkürzt wurde, sein Limit noch nicht erreicht sei. Tatsächlich kandidierte Karimow aber unzweifelhaft für eine vierte Amtszeit, worauf alle westlichen Beobachter abheben.

Der Economist hat Präsidentschaftswahlen in Usbekistan (und bei seinen Nachbarn) sehr treffend als »sorgfältig gemanagte Zeremonien zur Legitimation der eigenen Herrschaft« bezeichnet (The Economist, 4. April 2015, Internetausgabe). Entsprechend verliefen die Kür der Kandidaten, der »Wahlkampf« und der Wahltag ohne Überraschungen.

Es dürfen nur registrierte Parteien Präsidentschaftskandidaten nominieren. Überdies müssen sie der Zentralen Wahlkommission eine außergewöhnlich hohe Zahl von Unterstützerunterschriften vorlegen (5 % der Wähler, d. i. ca. 1 Mio., aus acht Gebieten, wobei aus keinem Gebiet mehr als 8 % der Unterschriften stammen dürfen). Weitere Bedingungen sind ein Mindestalter des vorgeschlagenen Kandidaten von 35 Jahren, exzellente Usbekischkenntnisse (ohne Erläuterung, wie dies zu überprüfen ist), außerdem muss ein Kandidat die letzten zehn Jahre vor dem Wahltag in Usbekistan gelebt haben.

Neben dem von den Liberaldemokraten vorgeschlagenen Amtsinhaber Karimow wurden drei Kandidaten nominiert: Chatamschon Ketmonow (Volksdemokraten), Narimon Umarow (Adolat) und Akmal Saidow (Milli Tiklanisch). Da alle in Usbekistan zugelassenen Parteien Pro-Regierungsparteien sind, waren letztere also keine Gegenkandidaten – und haben sich offensichtlich auch selber nicht so gesehen. Im kaum wahrnehmbaren Wahlkampf präsentierten sie sich zwar, wie ihre Parteien bei den Parlamentswahlen, mit auf bestimmte soziale Gruppen zugeschnittenen Inhalten. Sie ließen aber keinen Zweifel daran, dass sie den amtierenden Präsidenten, der sich als Garant von Stabilität, Sicherheit und Wohlstand darstellte, für den besten Kandidaten hielten. Oppositionelle Kandidaten hätte es auch deshalb nicht geben können, weil es im Land selbst keine Opposition (mehr) gibt. Der Versuch der Exilopposition, mit einer Virtuellen Wahlplattform mit 12 Gegenkandidaten, einschließlich der drei offiziell nominierten, wenigstens symbolisch eine Auswahl zu schaffen, wirkte von Anfang an hilflos und wurde zudem mehrfach von Hackern lahmgelegt. In der Masse der Bevölkerung Usbekistans sind die Vertreter der Exilopposition völlig unbekannt, noch dazu sind sie untereinander zerstritten. Am Wahltag wurden einige technische Mängel beobachtet, aber ohne Zweifel hat die absolute Mehrheit der fast 21 Mio. Wahlberechtigten ihre Stimme für Karimow abgegeben.

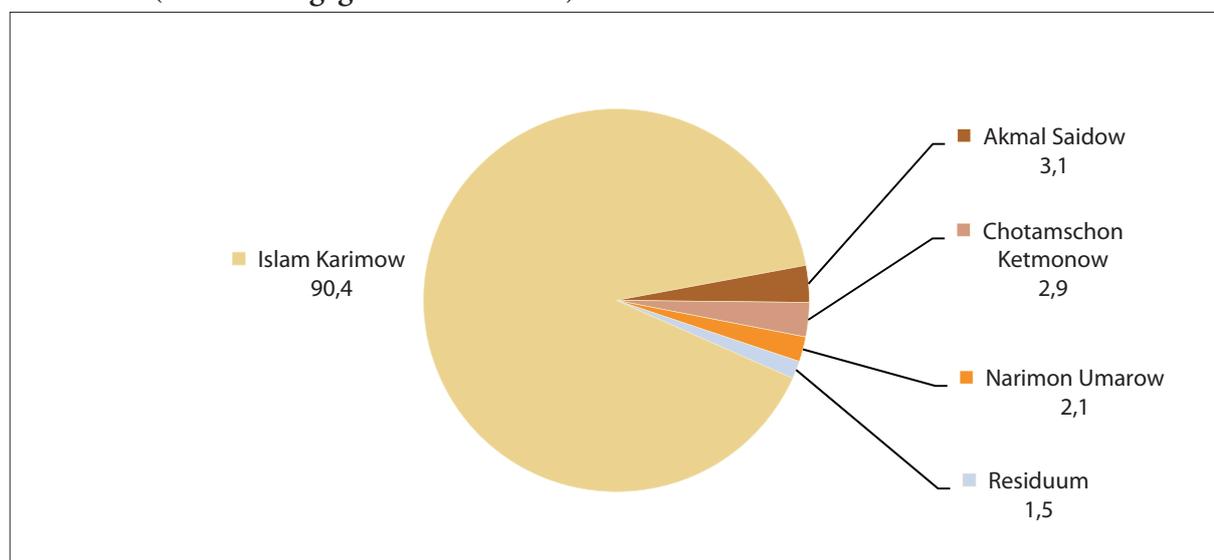
Insgesamt wurde das Wahlgeschehen von mehr als 300 ausländischen Wahlbeobachtern verfolgt, auch deren Bewertung dürfte niemanden überraschen. Die GUS-Wahlbeobachter erklärten schon am Abend des Wahltages, dass die Wahl transparent, frei and fair abgelaufen sei, ganz ähnlich klang die Bewertung der SCO-Beobachter. Die begrenzte OSZE/ODIHR-Mission übte dagegen deutliche Kritik: Die Wahl sein von Karimow dominiert und ohne echte Opposition abgelaufen, Bestimmungen des Wahlrechts seien nicht geeignet für die Durchführung demokratischer Wahlen und überdies im Fall der erneuten Kandidatur Karimows sogar noch verletzt worden. Und natürlich wurde auch darauf hingewiesen, dass ohne Presse-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit die für demokratische Wahlen notwendigen politischen Debatten nicht möglich sind.

Inzwischen wurde Karimow am 10. April feierlich in sein Amt eingeführt. Unabhängige Medien haben darauf hingewiesen, dass die Rede des Präsidenten zu diesem Anlass an mehreren frei formulierten Stellen inhaltliche und rhetorische Schwächen gehabt habe. Dies weist auf einen wichtigen Zukunftsaspekt hin: Karimows Alter und damit verbunden die Nachfolgefrage. Auch wenn westliche Kommentatoren Karimows Kandidatur als Zeichen dafür interpretiert haben, dass er sich trotz seines Alters nicht mit Rückzugsgedanken trägt, werden in der usbekischen Führung irgendwann personelle Veränderungen anstehen. Karimow ist 77 Jahre alt, schon seit Jahren immer wieder auftauchende

Gerüchte über schwere gesundheitliche Probleme und ein baldiges Ableben mögen zum größten Teil Wunschdenken der Exilopposition sein. Doch sein dreiwöchiges Verschwinden aus der Öffentlichkeit im Februar, einschließlich des Parteitages, der ihn am 6.2. als Präsidentschaftskandidaten nominierte, erscheint zumindest ungewöhnlich. Im Falle des Falles wäre laut Verfassung der Sprecher des Senats übergangsweise bis zu einer Neuwahl Amtsinhaber, doch geht niemand davon aus, dass diese Variante Realität wird. Favoriten für die Nachfolge sind von außen nicht erkennbar, deshalb wird allgemein ein Machtkampf befürchtet, bzw. nach Einschätzung mancher Beobachter findet er bereits statt. Der Hausarrest der skandalumwitterten Präsidententochter Gulnara gilt z. B. als Indikator. Auch wenn dies alles Spekulationen sind, ist nicht auszuschließen, dass in Usbekistan in nicht allzu ferner Zukunft einiges anders wird.

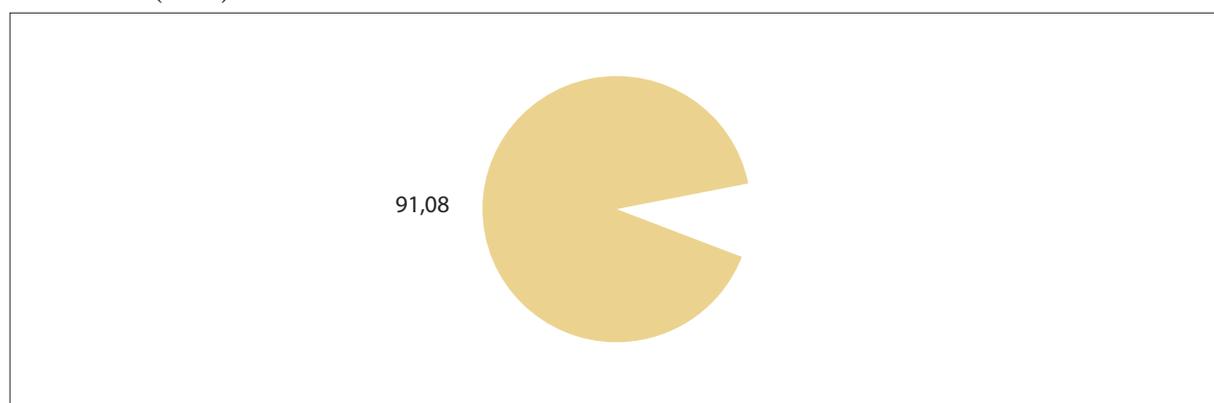
Beate Eschment

Grafik 1: Offizielles Endergebnis der Präsidentschaftswahlen in Usbekistan am 29. März 2015 (in % der abgegebenen Stimmen)



Quelle: <http://elections.uz/ru/events/current_topics/5579/>

Grafik 2: Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen in Usbekistan am 29. März 2015 (in %)



Quelle: <http://elections.uz/ru/events/current_topics/5579/>

21. März bis 17. April 2015

Kasachstan

23.3.2015	Der Generaldirektor der Zeitung Express K, Alexej Pan, kommt im indischen Goa nach der Rettung mehrerer einheimischer Kinder vor dem Ertrinken durch einen Herzinfarkt ums Leben.
24.3.2015	Der stellvertretende japanische Wirtschaftsminister Norihiko Ishiguro gibt bei einem Treffen mit dem stellvertretenden kasachstanischen Außenminister, Rapol Schoschybajew, die Teilnahme seines Landes an der EXPO-2017 in Astana bekannt.
24.3.2015	Beim Absturz der Germanwings-Maschine in den südfranzösischen Alpen kommen auch eine dreiköpfige kasachstanische Familie und der in Kasachstan gebürtige Opernsänger Oleg Bryjak ums Leben.
25.3.2015	Nach dem Ende der Registrierungsperiode bei der Zentralen Wahlkommission sind neben Amtsinhaber Nursultan Nasarbajew der Chef der Kommunistischen Partei, Turgun Sysdykow, und der Chef der Gewerkschaftsunion, Abalgasy Kusainow, als Präsidentschaftskandidaten zugelassen. Beide gelten als unbekannt und chancenlos. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission erhält jeder Kandidat 7 Mio. Tenge (ca. 38.000 US-Dollar) staatliche Unterstützung für seinen Wahlkampf.
26.3.2015	Der ehemalige Umweltminister und bisherige Chef des Staatskonzerns Kazatomprom, Nurlan Kapparow, stirbt während eines Arbeitsbesuches in Beijing unerwartet an Herzstillstand.
26.3.2015	Die Verteidigung des der Behinderung von Ermittlungen und Vernichtung von Beweisstücken bezichtigten Freundes der Bostoner Kofferbomber, Asamat Taschajakow, bemüht sich um die Einstellung des Prozesses aus Mangel an Beweisen, berichtet Tengrinews unter Berufung auf den Vater des Angeklagten, Amir Ismagulow.
26.3.2015	Im Gebiet Karaganda kommt es durch die von heftigen Regenfällen begleitete Schneeschmelze zu Überschwemmungen, in der Stadt Karaschal müssen mehrere Dutzend Bewohner aus einem Wohnblock evakuiert werden.
26.3.2015	Der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte, Baskut Tuncak, trifft zu einer zweiwöchigen Assessment-Mission in Kasachstan ein.
27.3.2015	Premier Karim Massimow trifft zu einem Arbeitsbesuch in Beijing ein, wo er u.a. vom chinesischen Staatschef Xi Jinping zu Gesprächen über die bi- und multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen des »Silk Road Economic Belt« empfangen wird. Es werden 33 Wirtschaftsverträge im Umfang von ca. 23,6 Mrd. US-Dollar unterzeichnet.
29.3.2015	Der stellvertretende iranische Industrieminister, Mehdi Karbasian, berichtet der Nachrichtenagentur ISNA, dass Kasachstan und Iran in Verhandlungen um Investitionen in die Stahlproduktion Irans stehen.
29.3.2015	Die Polizei nimmt den ehemaligen Großmufti von Kirgistan, Rachmatulla-Hadschi Egemberdijew, der in seinem Heimatland wegen Steuerhinterziehung gesucht wird, im Gebiet Südkasachstan fest.
30.3.2015	Die OSZE/ODIHR Langzeitbeobachtermission der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen nimmt offiziell die Arbeit auf.
30.3.2015	Der stellvertretende Minister für Investitionen und Entwicklung, Schengis Kasymbek, erklärt während eines Wirtschaftsforums in Batumi, Georgien, dass sein Land bis 2020 ca. 20 Mrd. US-Dollar in die überregionale Transportinfrastruktur investieren wolle.
30.3.2015	Die Führung des Verteidigungsministeriums gibt die Durchführung eines Großmanövers der Streitkräfte im Süden des Landes bekannt.
1.4.2015	Der ungarische Premier, Viktor Orbán, wird im Rahmen eines Staatsbesuchs in Astana von Präsident Nasarbajew sowie seinem kasachstanischen Amtskollegen Massimow zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit empfangen. U.a. wird die Einrichtung einer direkten Flugverbindung Astana–Budapest bekannt gegeben und ein Abkommen zur Auslieferung von Häftlingen unterzeichnet.
1.4.2015	Aida Sitdikowa, EBRD-Direktorin für Energie- und Naturressourcen in Russland und Zentralasien, gibt die Bereitstellung eines Kredits in Höhe von 100 Mio. US-Dollar für die Goldförderung aus der Lagerstätte Koktasschal im Gebiet Karaganda bekannt.
3.4.2015	Mit einem Festakt wird eine Botschaft Kasachstans in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi eröffnet.
6.4.2015	Nach einer heute vorgestellten Umfrage des Instituts DEMOSCOPE befürchten 48 % der Befragten eine negative wirtschaftliche Entwicklung nach den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, 36 % erwarten keine ernsthaften Veränderungen.

7.4.2015	Der nach einem angedrohten Bombenattentat auf die Stadtverwaltung von Almaty am 13.1.2015 festgenommene Jewgenij Rytschkow wird von einem Gericht in Almaty zu fünf Jahren Haft verurteilt.
8.4.2015	Außenminister Jerlan Idrisow trifft in Astana mit dem neuen Berater des UN-Generalsekretärs für politische Angelegenheiten, Miroslav Jenca, zu Gesprächen über die regionale Sicherheit zusammen.
8.4.2015	Das russische Wirtschaftsblatt Wedomosti prophezeit unter Berufung auf die Bank of America Merrill Lynch, für 2015 eine 30%ige Devaluation des Tenge, da er gegenüber dem russischen Rubel überbewertet sei.
9.4.2015	Eine Delegation unter Führung des Oberkommandierenden des türkischen Heeres, General Hulusi Akar, trifft in Astana zu Gesprächen über die militärische Zusammenarbeit ein.
10.4.2015	Dutzende von Demonstranten fordern nach mehrtägigen Protesten in Astana ein direktes Treffen mit Präsident Nasarbajew, um über die Lösung ihrer durch die Devaluation des Tenge im Februar 2014 verschärften Probleme bei der Rückzahlung von Krediten zu reden.
13.4.2015	Sieben führende Mitglieder der zersplitterten syrischen Opposition bitten Präsident Nasarbajew in einem Schreiben um Vermittlung in dem militärischen Konflikt.
13.4.2015	Außenminister Idrissow empfängt seinen iranischen Amtskollegen, Mohammad Javad Zarif, zu Gesprächen über die Bedrohung durch den IS. Präsident Nasarbajew nennt Iran bei einem Treffen mit Zarif einen politischen und wirtschaftlichen Alliierten.
13.4.2015	In den Gebieten Akmola, Karaganda, Pawlodar und Ostkasachstan werden zahlreiche Straßen wegen Überflutung gesperrt. Hunderte von Bewohnern aus Dutzenden Orten werden evakuiert. Im Gebiet Ostkasachstan wird der Ausnahmezustand verhängt.
13.4.2015	Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitrij Peskow, weist Berichte über einen Handelskrieg zwischen Kasachstan und Russland als Übertreibung zurück. In der vergangenen Woche hatten kasachstanische Behörden die Einfuhr bestimmter Fleischprodukte aus Russland wegen angeblicher Gesundheitsrisiken durch deren Verzehr gestoppt.
14.4.2015	In Wien beginnt der Prozess gegen den ehemaligen kasachstanischen Geheimdienstchef und engem Vertrauten von Rachat Alijew, Alnur Musajew, sowie den ehemaligen Leibwächter von Präsident Nasarbajew, Wadim Koschljak, wegen des Verdachts der Verwicklung in die Entführung und Ermordung zweier Manager der Nurbank im Jahr 2007.
14.4.2015	Ein Gericht in der Stadt Atyrau (Gebiet Atyrau) verurteilt zwei Minderjährige, die geplant hatten, sich dem IS anzuschließen, wegen Unterstützung von Terrorismus zu jeweils fünf Jahren Haft.
14.4.2015	Der Hausarrest von Ex-Premier Serik Achmetow wegen Korruptionsvorwürfen wird zum wiederholten Male bis zum 18.5. verlängert.
14.4.2015	Präsident Nasarbajew bespricht mit dem Chef des französischen Mineralölkonzerns Total, Patrick Pouyanne, die Kooperation bei der Offshore-Ölförderung im Kaspischen Meer.
15.4.2015	In Astana und in Almaty beginnen privat organisierte Spendensammlungen für die Opfer der Flutkatastrophe im Gebiet Karaganda. Der stellvertretende Premier, Bakytschan Sagyntajew, gibt die Bereitstellung einer Soforthilfe in Höhe von 1 Mrd. Tenge (ca. 5,3 Mio. US-Dollar) bekannt.
15.4.2015	Der Chef des Komitees für Statistik, Alichan Smailow, gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, dass das Außenhandelsvolumen Kasachstans in den ersten zwei Monaten 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 37 % gesunken ist.
16.4.2015	Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan spricht sich bei einem Treffen mit Präsident Nasarbajew in Astana für eine nichtständige Mitgliedschaft Kasachstans im UN-Sicherheitsrat 2017–18 aus. Im Rahmen eines Business-Forums in Anwesenheit beider Politiker werden Verträge im Umfang von 800 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
16.4.2015	In der Stadt Uralsk (Gebiet Westkasachstan) werden drei Männer, zu Haftstrafen von jeweils 3,5 Jahren verurteilt, denen der Versuch, sich der IS anzuschließen vorgeworfen wird.

Kirgistan

22.3.2015	Human Rights Watch (HRW) fordert die Staatschefs der europäischen Staaten und Vertreter der EU, mit denen Präsident Almasbek Atambajew bei seiner bevorstehenden Europareise zusammentreffen wird, auf, das kirgisische Staatsoberhaupt auf problematische neue Gesetze (betr. Homosexuelle und ausländische Spione) anzusprechen.
23.3.2015	Die Chefin der EBRD-Niederlassung in Kirgistan, Larisa Monastyrlı, beklagt einen starken Personalmangel im kirgisischen Finanzministerium. Die Mitarbeiter seien gut ausgebildet, aber völlig überlastet.

23.3.2015	Präsident Atambajew wird in Wien von seinem österreichischen Amtskollegen Heinz Fischer empfangen. Auf einer Pressekonferenz erklärt Atambajew, dass sein Land sich militärische Unterstützung von EU-Staaten im Kampf gegen islamistische Bedrohungen erhoffe.
23.3.2015	Nach Angaben des stellvertretenden Finanzministers Danil Ibrajew wären die kirgisischen Staatseinnahmen aktuell doppelt so hoch, wenn das Land bereits 2013 der Zollunion beigetreten wäre.
23.3.2015	Die Brutto-Tabakernte ist 2014 mit 4,4 Tsd. t um das Anderthalbfache geringer ausgefallen als im Vorjahr (6,5 Tsd. t).
23.3.2015	Vertreter staatlicher Sicherheitsorgane erklären in Reaktion auf die Bekanntgabe der Bildung paramilitärischer Truppen am 18.3., dass sie keinerlei Genehmigung für derartige Einheiten gegeben haben.
24.3.2015	In der Präsidentenresidenz in Ala-Artscha findet eine Konferenz anlässlich des 10. bzw. 5. Jahrestages des Sturzes der Präsidenten Askar Akajew und Kurmanbek Bakijew statt.
24.3.2015	AKIpress meldet, dass USAID bzw. die US-Regierung sich bereit erklärt haben, 25 % (57,5 Mio. US-Dollar) der Baukosten für das CASA-1000 Projekt in Kirgistan zu übernehmen. Bislang gab es nur eine Finanzierungszusage der Weltbank, mit der Europäischen Investitionsbank finden aktuell Verhandlungen statt.
24.3.2015	In einem Militärstützpunkt bei Tokmok enden zweiwöchige kirgisisch-indische Militärübungen zum Kampf gegen illegale bewaffnete Gruppen im Hochgebirge.
24.3.2015	Der Wasserstand des Toktogul-Stausees liegt nach Angaben des Kraftwerkbetreibers aktuell bei ca. 6,5 Mrd. m ³ und damit ca. 3 Mrd. m ³ niedriger als vor einem Jahr.
24.3.2015	Der bekannte Skandalpolitiker Nurlan Motujew erklärt auf einer Pressekonferenz in Bischkek, dass er den IS unterstütze und beklagt, dass er wegen eines laufenden Strafverfahrens das Land nicht verlassen und daher auch nicht in Syrien kämpfen könne.
25.3.2015	Bei einem Treffen mit seinem französischen Amtskollegen Francois Hollande in Paris erörtert Präsident Atambajew bilaterale und internationale Fragen, einschließlich der Situation in der Ukraine. Zugleich findet ein kirgisisch-französisches Businessforum statt.
25.3.2015	Eine Delegation des Generalkommandos der türkischen Gendarmerie unter Leitung ihres Chefs, Generaloberst İbrahim Yaşar, trifft zu einem viertägigen Besuch ein.
25.3.2015	Die Nachrichtenagentur KirTAG meldet, dass mit einem Regierungsbeschluss am 17.3. damit begonnen wurde, an ausreisewillige Familien der kirgisischen Exklave Barak 200.000 Som (3.200 US-Dollar) für den Neubau von Häusern im Gebiet Osch zu zahlen. In der größten kirgisischen Exklave leben zwischen 600 und 1.250 Menschen, die seit der Schließung eines Grenzüberganges durch Usbekistan 2010 nur mit einem Umweg von 300 km das kirgisische Hauptterritorium erreichen können.
25.3.2015	AKIpress meldet unter Berufung auf das Komitee für Staatssicherheit, dass per Gerichtsbeschluss der IS seit dem 16.3. in Kirgistan als terroristische und extremistische Organisation verboten ist.
25.3.2015	Nach Angaben des Sozialfonds gab es am 1.1.2015 in Kirgistan 590.000 Rentner, die Durchschnittsrente liegt bei 4.600 Som (74 US-Dollar).
25.3.2015	Global Witness veröffentlicht einen Bericht über die finanziellen Aktivitäten des Sohnes von Ex-Präsident Kurmanbek Bakijew, Maksim, der in Kirgistan in absentia zu zwei Mal lebenslänglich verurteilt wurde und stellt die Frage, mit wessen Geld die Luxusvilla, in der er in Großbritannien entgegen der EU-Regelungen auf seine Anerkennung als Asylant wartet, finanziert wurde.
25.3.2015	Im Gebiet Dschalalabad beginnt das dreitägige Manöver Sicherheit 2015.
25.3.2015	In Osch wird der US-amerikanische Journalist Umar Farooq verhaftet. Er hatte sich seit dem 11.3. in der Stadt aufgehalten und Interviews u.a. zum Thema islamischer Terrorismus geführt.
26.3.2015	Bei einem Treffen des Präsidenten und Außenministers der Schweiz, Didier Burkhalter, mit Präsident Atambajew in Bern wird ein Memorandum of Understanding unterzeichnet, mit dem die Schweiz Kirgistan eine Unterstützung von 74 Mio. Schweizer Franken (ca. 77,6 Mio. US-Dollar) zusagt.
27.3.2015	Präsident Atambajew trifft in Brüssel mit den Präsidenten des EU-Rates und der Europäischen Kommission, Donald Tusk und Jean-Claude Juncker, zusammen. Am Vortag hatte bereits ein Gespräch mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, stattgefunden.

27.3.2015	Die Räume der Menschenrechtsorganisation Bir Duino (Eine Welt) Kirgistan in Osch werden durchsucht nachdem der verhaftete US-Journalist Farooq angegeben hatte, dort einen Teil seiner beschlagnahmten Materialien erhalten zu haben. Die Sicherheitsbehörden erklären, dass Farooq wegen Kontakten zur verbotenen Hizb ut-Tahrir sowie fehlender Akkreditierung verhaftet wurde. Er wird am 28.3. auf Beschluss eines Gerichtes freigelassen und abgeschoben.
30.3.2015	Präsident Atmabajew wird in Brüssel zu einem Vieraugengespräch vom belgischen König Philippe empfangen.
31.3.2015	Das Committee to Protect Journalists (CPJ) und HRW verurteilen die Verhaftung und Abschiebung des Journalisten Farooq.
31.3.2015	In Bischkek findet die erste Sitzung des Rates des Kirgisisch-Russischen Entwicklungsfonds statt, der zur Unterstützung Kirgistans bei der Anpassung an die Eurasische Wirtschaftsunion (EEU) geschaffen wurde. Nach Angaben des Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Fonds, des russischen stellvertretenden Finanzministers Sergej Stortschak, hat die RF bereits 100 Mio. US-Dollar an den Fonds überwiesen, weitere 50 Mio. US-Dollar sollen in den nächsten Tagen folgen.
31.3.2015	Samir Rakijew, stellvertretender Vorsitzender des Geistlichen Direktorats der Muslime Kirgistans, kündigt eine verschärfte Kontrolle geistlicher Einrichtungen an. Nach einer Gesetzesänderung müssten nun nicht mehr nur Moscheen, sondern auch Gebetsräume staatlich registriert werden.
1.4.2015	Präsident Atambajew trifft in Berlin mit Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen. Bei einer Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen mit Merkel erklärt Atambajew, die Krim sei per Referendum russisch geworden.
3.4.2015	Auf das Bischkeker Büro der Organisation Labris, die sich für die Rechte von Homosexuellen und Transgender einsetzt, wird in der Nacht ein Brandanschlag verübt, der Schaden bleibt gering.
3.4.2015	In Bischkek findet ein Treffen der Außenminister der GUS-Staaten statt.
6.4.2015	Die Gouverneurin des Gebietes Talas, Koisun Kurmanalijewa, gibt ihren Rücktritt bekannt.
6.4.2015	Außenminister Jerlan Abdyldajew empfängt World Bank Regional Director for Central Asia, Saroj Kumar Jha, zu Gesprächen über den Ausbau der Zusammenarbeit.
6.4.2015	Das führende Mitglied der Patriotischen Jugendbewegung Kirgistans Emil Turdubekow erklärt gegenüber AKIpress, dass manche ausländischen Menschenrechtsorganisationen eine Gefahr für die Sicherheit und Stabilität Kirgistans darstellen würden und fordert namentlich die Ausweisung von Mihra Rittmann, der Vertreterin von HRW, aus Kirgistan.
6.4.2015	Auf einem Grundstück, das Präsident Atambajew aus seinem Privatbesitz zur Verfügung gestellt hatte, wird der Grundstein für eine Moschee zum Gedenken an die Opfer der Aprilrevolution 2010 gelegt.
7.4.2015	AKIpress meldet die Festnahme eines Soldaten der Grenztruppen, der in den sozialen Netzwerken zum Dschihad aufgerufen hatte.
7.4.2015	Während eines Arbeitsbesuches von Innenminister Melis Turganbajew in Moskau wird eine offizielle Vertretung des Ministeriums in der russischen Hauptstadt eröffnet.
7.4.2015	Ca. 100 Demonstranten fordern im Zentrum von Bischkek Rechenschaft von der Regierung über ihre Reformbemühungen seit 2010.
7.4.2015	Vier chinesische Staatsbürger werden in einem Restaurant im Zentrum von Bischkek von mehreren Angreifern überfallen und ausgeraubt.
8.4.2015	Der Chefredakteur der kritischen Zeitung Paragraf, Taken Moldakulow, wird auf Beschluss des Obersten Gerichts unter dem Vorwurf von Missbrauch seiner Vollmachten und von Finanzen sowie Betrug und Fälschung von Dokumenten in Untersuchungshaft genommen. Zuvor hatten mehrere Instanzen widersprüchliche Urteile gefällt.
8.4.2015	Das Parlamentskomitee für Brennstoffe, Energie und die Nutzung von Bodenschätzen folgt dem Vorschlag Premierminister Dschoormat Otorbajews und wendet sich gegen die Nationalisierung der Goldmine Kumtor und die Schaffung eines gemeinsamen Unternehmens mit der kanadischen Centerra Gold Inc. zu ihren Bedingungen. Otorbajew hatte seiner Position zuvor mit einer Rücktrittsdrohung Nachdruck verliehen.
8.4.2015	Eine Delegation des Europäischen Parlamentes unter Leitung der Vorsitzenden der EU-Delegation für Beziehungen mit Zentralasien und der Mongolei, Iveta Grigule, trifft zur Teilnahme am 10. Treffen des Kooperationskomitees der Parlamente EU-Kirgistan in Bischkek ein.

9.4.2015	Das Parlament nimmt in dritter Lesung mehrere Änderungen des Wahlgesetzes an, u.a. wird die bei einer Kandidatur zu hinterlegende Kautions für Parteien von 500.000 Som (7.825 US-Dollar) auf 5 Mio. Som (78.250 US-Dollar) erhöht.
9.4.2015	Am Rande der jährlichen bilateralen Konsultationen zwischen USA und Kirgistan unterzeichnen Außenminister Abdyldajew und U.S. Assistant Secretary of State for South and Central Asia, Nisha Biswal, eine Vereinbarung über die Ausgabe von fünf Jahre gültigen Visa für die mehrfache Einreise für kirgisische Staatsbürger. Abdyldajew trifft während seines Aufenthaltes in Washington auch mit seinem amerikanischen Amtskollegen John Kerry zusammen.
9.4.2015	Präsident Atambajew empfängt den Vize-Präsidenten des deutschen Bundestages Johannes Singhammer zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen.
9.4.2015	Der Vorsitzende von Kyrgyzalyn, Tokon Mamytow, erklärt seinen Rücktritt. Klytschbek Schakirov wird zum Übergangschef ernannt.
10.4.2015	Drei Führer der nationalen Oppositionsbewegung, Kubanytschbek Kadyrow, Bektur Asanow und Ulukbek Mamatajew, die nach eigenen Angaben am Vortag während eines privaten Treffens in Osch von ca. 100 Personen angegriffen und entführt wurden, konnten sich befreien und nach Dschalalabad flüchten. Nach offizieller Darstellung haben nur wenige Menschen vor dem Ort des Treffens demonstriert und es ist zu keinerlei Gewaltanwendung gekommen.
10.4.2015	Nach Angaben von Generalstaatsanwältin Indira Dscholdubajewa fanden 2014 1.250 polizeiliche Ermittlungen wegen Korruption statt, dabei wurden 727 Mio. Som (11,4 Mio. US-Dollar) beschlagnahmt.
11.4.2015	Finanzministerin Olga Lawrowa erklärt ihren Rücktritt.
11.4.2015	Auf der Pferderennbahn von Dschalalabad findet eine Versammlung der Nationalen Oppositionsbewegung mit ca. 150 Teilnehmern statt.
13.4.2015	Mehrere Medien melden, dass der bisherige stellvertretende Wirtschaftsminister Danil Ibrajew, der am 9.4. aus dem Amt geschieden war, Minister der EEU wird.
13.4.2015	Präsident Atambajew empfängt Miroslav Jenca, den neuen Berater für politische Angelegenheiten des UN-Generalsekretärs und ehemaligen Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für Zentralasien und Direktor des UN Regional Centre for Preventive Diplomacy for Central Asia, und verleiht ihm als Dank für seine Tätigkeit eine Ehrenmedaille.
14.4.2015	Notstandsminister Kubatbek Boronow teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass die CSTO beschlossen hat, in Osch ein Zentrum für humanitäre Hilfe einzurichten, das im Bedarfsfall ganz Zentralasien und Afghanistan versorgen soll.
16.4.2015	Ein Bezirksgericht in Kara-Suu (Gebiet Osch) verurteilt den bekannten islamistischen Aktivist Diljor Dschumbajew wegen Mitgliedschaft in der verbotenen Hizb ut-Tahrir zu sechs Jahren Strafkolonie.
17.4.2015	Nach Angaben des stellvertretenden Innenministers Nurbai Kasymbajew erhielten 2014 1.062 Polizisten Disziplinarstrafen, 67 wurden aus dem Dienst entfernt.
17.4.2015	Tschynybaj Tursunbekow, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, spricht sich gegen eine Nationalisierung der Kumtor-Goldmine aus, da dies der kirgisischen Wirtschaft schade.
17.4.2015	Ein Gericht im Gebiet Osch weist die Berufung von Karamat Abdullajewa gegen ihre Verurteilung zu einer 16jährigen Freiheitsstrafe wegen Organisation der Ereignisse von Osch 2010 in einer nur 30minütigen Verhandlung ab.

Tadschikistan

23.3.2015	Der unter dem Verdacht der Ermordung des Gründers der oppositionellen Gruppe 24, Umarali Kuwatow, am 5.3. verhaftete Sulaimon Kajumow bestreitet jede Verbindung mit der Tat und beschuldigt den Leibwächter Kuwatows des Verbrechens.
24.3.2015	Während eines Arbeitsbesuches im Gebiet Sogd legt Präsident Emomali Rachmon den Grundstein für eine neue Stadt in der Somgarsteppe. Sie soll auf Vorschlag des Präsidenten den antiken Namen des Flusses Syr Dajra, Saichun, tragen.
26.3.2015	Asia-Plus meldet unter Berufung auf das Verteidigungsministerium, dass eine zweimonatige Ausbildung von 220 jungen tadschikischen Militärangehörigen durch russische Offiziere der 201. russischen Militärbasis beendet ist.
27.3.2015	Der Bürgermeister von Chudschand, Radschabbay Achmadsoda, verbietet Frauen das Tragen des Hidschab und ordnet Durchsuchungen von Läden, die Kleidung aus Afghanistan und Iran anbieten, an.

27.3.2015	Die Gebietsvertretungen wählen die 25 Mitglieder des Oberhauses des Parlamentes.
30.3.2015	Präsident Rachmon ernennt sechs der acht vom Präsidenten zu benennenden neuen Senatoren.
30.3.2015	Der Direktor der staatlichen Drogenkontrollagentur, Generalleutnant Rustam Nasarsoda, empfängt eine Delegation des Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs (INL) des U.S. State Department, die die vom INL geförderten Projekte evaluieren soll.
31.3.2015	Ein Gericht in Chudschand verurteilt einen der Mitgliedschaft in der IMU Verdächtigen zu neun Jahren Strafkolonie. Am gleichen Tag werden im Gebiet Sogd zehn Bewohner des Bezirks Spitamen ebenfalls wegen Mitgliedschaft in der IMU zu Freiheitsstrafen von 22–27 Jahren verurteilt.
31.3.2015	RFE/RL meldet, dass zwei hochrangige Mitglieder staatlichen Agentur für Drogenkontrolle wegen Annahme von Bestechungsgeldern verhaftet wurden.
1.4.2015	Bei einem Treffen in Isfara vereinbaren der Chef des kirgisischen Grenzdienstes, Raimberdi Duischenbijew und der Kommandierende der tadschikischen Grenztruppen Radschabali Rahmonali, dass an der gemeinsamen Grenze außer im Fall akuter Staatsgefährdung auf Schusswaffengebrauch verzichtet werden soll.
1.4.2015	Präsident Rachmon empfängt die OSZE-Vorsitzende und serbische Außenministerin Ivica Dacic zu einem Meinungsaustausch über regionale und internationale Fragen.
1.4.2015	Präsident Rachmon entlässt Murodali Alimardon aus dem Amt des stellvertretenden Premiers.
1.4.2015	Die Preise für Mobiltelefonverbindungen steigen bei allen Anbietern um 2%. In Tadschikistan sind bei einer Bevölkerung von ca. 8 Mio. Einwohnern 10 Mio. Handys angemeldet.
2.4.2015	Die CSTO-Außenminister treffen in Duschanbe zu Gesprächen über Bedrohungen durch den IS und den bevorstehenden 70. Jahrestag des Endes des Großen Vaterländischen Krieges zusammen.
3.4.2015	Die russische Zeitung Kommersant berichtet, dass Russland im Rahmen des CSTO-Außenministertreffens in Duschanbe Tadschikistan in den nächsten Jahren 70 Mrd. Rubel (ca. 1,23 Mrd. US-Dollar) zur Modernisierung seiner Streitkräfte für den Kampf gegen islamistische Kräfte zugesagt habe. Gleichzeitig wird bekannt, dass die Zahl der in Tadschikistan stationierten russischen Soldaten von 5.900 auf 9.000 erhöht werden soll und die Stationierung bis 2042 verlängert wurde.
3.4.2015	Bei einem Erdbeben im Bezirk Faisabad (der Regierung unterstellte Bezirke) kommen zehn Menschen ums Leben.
6.4.2015	Asia-Plus meldet, dass das russische Notstandsministerium am Vortag 70 tadschikische Staatsbürger, darunter 12 Kinder, aus dem Jemen evakuiert hat.
6.4.2015	Premierminister Kohir Rasulsoda fordert bei einem Treffen im Bildungsministerium die Einrichtung von Antikorruptionsunterricht in Grundschulen des Landes.
7.4.2015	Das staatliche Fernsehen berichtet, dass der stellvertretende Direktor der Drogenkontrollagentur, Halim Machmudsoda, entlassen wurde. Am gleichen Tag wird bekannt, dass Präsident Rachmon die Polizeichefs mehrerer Bezirke ihres Amtes enthoben hat.
7.4.2015	Außenminister Aslow empfängt in Duschanbe die thailändische Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn zu einem Meinungsaustausch über die bilateralen Beziehungen.
8.4.2015	Asia-Plus meldet, dass das Parlament auf der heutigen Sitzung ohne jede Debatte mehrere Gesetzesänderungen verabschiedet hat. Zugleich wird bekannt, dass dem Präsidenten aus der Bevölkerung der Titel eines Führers der Nation angetragen wurde.
8.4.2015	Drei stellvertretende Vorsitzende des staatlichen Zolldienstes werden ihres Amtes entbunden.
10.4.2015	Nach Angaben der Nationalbank betrug die Inflationsrate im ersten Quartal 2015 in Tadschikistan 4,5% und lag damit unter der von 2014 (7,4%) und der Prognose für 2015 (ca. 10%).
12.4.2015	In seiner Rede auf dem 7. Weltwassergipfel im südkoreanischen Daegu fordert Präsident Rachmon ausländische Investoren auf, in Wasserprojekte in Tadschikistan zu investieren.
12.4.2015	Präsident Rachmon trifft am Rande des 7. Weltwassergipfels mit seinem turkmenischen Amtskollegen Gurbanguly Berdymuchamedow zusammen.
13.4.2015	In einer Rede vor Studenten in Kuljeb (Gebiet Chatlon) beschuldigt der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit, Saimumin Jatimow, ausländische NGOs, den nationalen Interessen Tadschikistans zu schaden, nennt aber keine Namen.
14.4.2015	Nach Angaben der Agentur für Statistik hat Tadschikistan im ersten Quartal 2015 6.000 t humanitärer Hilfe im Wert von 10,3 Mio. US-Dollar erhalten. Größter Geber waren die USA.

14.4.2015	Nach Angaben der Agentur für Statistik lag das Exportvolumen im ersten Quartal 2015 bei 214,5 Mio. US-Dollar, das des Imports bei 751,7 US-Dollar.
14.4.2015	Asia-Plus meldet, dass die Zahl der HIV-Infizierten im Gebiet Sogd in den ersten drei Monaten 2015 um 144 Personen bzw. 10 % gestiegen ist.
15.4.2015	Vor der deutschen Botschaft in Duschanbe protestieren ca. 15 Personen dagegen, dass der tadschikische Journalist Dododschon Atowulloyew in Deutschland politisches Asyl hat (seit 2002) und werfen Deutschland vor, Terroristen zu schützen. Am Vortag hatte es eine Demonstration der tadschikischen Opposition vor der Botschaft Tadschikistans in Berlin gegeben.
15.4.2015	Der Botschafter Tadschikistans in Ägypten übergibt dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Nabil al-Arabi, einen Brief Außenminister Aslows, in dem Tadschikistan um seine Akkreditierung als ständiger Vertreter in der Arabischen Liga nachsucht.
15.4.2015	RFE/RL meldet, dass in Kuljab zivile Mitarbeiter der russischen Militärbasis streiken, weil sie seit einem halben Jahr keinen Lohn mehr ausgezahlt bekommen haben.
17.4.2015	Asia-Plus meldet, dass auf Beschluss der Nationalbank ab sofort private Wechselstuben verboten sind.
17.4.2015	Der neue Senat wählt den Bürgermeister von Duschanbe, Mahmadsaid Ubaidullojew, erneut zu seinem Sprecher.

Turkmenistan

24.3.2015	Das oppositionelle Nachrichtenportal Chronika Turkmenistana berichtet, dass an der turkmenisch-afghanischen Grenze, mutmaßlich auf Bitten der turkmenischen Behörden, seit etwa einem Monat russische Militärberater und seit kurzem auch usbekische Grenztruppen im Einsatz sind.
26.3.2015	Der Chef der weißrussischen Nationalversammlung, Michail Mjasnitschkowitsch, trifft im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in Aschchabad mit Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow zu Gesprächen über die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit zusammen.
27.3.2015	Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bekräftigt während eines Treffens mit dem turkmenischen Außenminister, Raschid Meredow, in Kiew das Interesse seines Landes an turkmenischen Investitionen und der Wiederaufnahme von Gaslieferungen.
28.3.2015	Präsident Berdymuchammedow ruft die Verantwortlichen in den beteiligten Staaten zur Beschleunigung des Baus der TAPI-Gaspipeline (Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien) auf.
1.4.2015	Der Monat für Leibesertüchtigung und Sport, in dem die Bürger des Landes zu verstärkter sportlicher Betätigung aufgerufen sind, beginnt.
5.4.2015	Während einer erweiterten Kabinettsitzung entlässt Präsident Berdymuchammedow die amtierende Bildungsministerin, Gulschat Mammedowa, wegen unzureichender Arbeitsergebnisse, ihr Nachfolger wird Purli Agamyradow.
5.4.2015	Präsident Berdymuchammedow ruft anlässlich des Nationalen Tags des Wassers die Bevölkerung zum sparsamen Umgang mit Wasser auf.
8.4.2015	Der Präsident Moldowas, Nicolae Timofti, wird im Rahmen eines Staatsbesuchs in Aschchabad von Präsident Berdymuchammedow empfangen.
9.4.2015	Die Website der turkmenischen Botschaft in Minsk wird von Personen mit IS-Hintergrund gehackt. Auf der Homepage taucht statt der üblichen Informationen das Foto eines IS-Kämpfers mit einer AK-47 (Kalaschnikow) und der Meldung, dass diese Website unter Kontrolle des IS sei, auf.
13.4.2015	Am Rande des Weltwasserforums im südkoreanischen Daegu trifft Präsident Berdymuchammedow seinen tadschikischen Amtskollegen, Emomali Rachmon, zu Gesprächen u.a. über die Beschleunigung der Bauarbeiten an der Eisenbahnstrecke Tadschikistan–Afghanistan–Turkmenistan.
15.4.2015	Während seines Aufenthaltes in Südkorea unterzeichnet Präsident Berdymuchammedow Verträge im Umfang von 5,7 Mrd. US-Dollar, darunter u.a. über den Bau eines Stahlwerks und einer Raffinerie für Benzin durch die koreanischen Konzerne Daewoo und Hyundai in Turkmenistan.
15.4.2015	Eine Delegation unter Leitung des Vertreters der parlamentarischen Versammlung der OSZE, Thierry Mariani, trifft in Aschchabad zu Gesprächen, u.a. mit Medschlis-Abgeordneten, zusammen.
17.4.2015	Staatliche Medien berichten, dass ein Eisenbahnzug, der die Errungenschaften des turkmenischen Staates propagieren soll, vom Bahnhof in Aschchabad nach Turkmenabat aufgebrochen ist.

Usbekistan

21.3.2015	Die russische Lukoil meldet, dass sie 2014 in Usbekistan 4 Mrd. m ³ Gas und mehr als 100.000 t flüssige Kohlenwasserstoffe gefördert hat.
23.3.2015	Über eine spezielle Verbindung mit der nationalen Bank für Außenhandel ist es ab sofort möglich, Flug- und Bahntickets, Hotelzimmer und Souvenirs per Internet zu buchen, sofern man eine Visa-Card hat.
23.3.2015	Das Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) publiziert einen Bericht, in dem die Vermutung geäußert wird, dass Präsidententochter Gulnara Karimowa durch Bestechung und Erpressung bis zu 1 Mrd. US-Dollar von in Usbekistan operierenden Telekommunikationsgesellschaften erhalten haben soll.
23.3.2015	Die Website der oppositionellen Virtuellen Wahlkommission Virtualuzbekistan.org muss nach einem Hackerangriff erneut die Tätigkeit einstellen.
24.3.2015	Nach Angaben aus dem Finanzministerium hat Usbekistan 2014 169 ausländische Kredite in Höhe von 215,5 Mio. US-Dollar erhalten, vor allem für die Bereiche Bildung und Wissenschaft sowie Gesundheit und Ökologie.
25.3.2015	Die russische Nachrichtenagentur Regnum meldet, dass ein Gericht in Taschkent das Insolvenzverfahren gegen einen der größten Industriebetriebe Usbekistans, die Taschkent Tractor Plant JSC, eröffnet hat.
25.3.2015	RFE/RL meldet, dass ein Consultant von Just Solutions Network Ltd., Andre Mrost, der sich für Untersuchungen über Kinderarbeit bei der Baumwollernte in Usbekistan aufhielt, am 19.3. ausgewiesen wurde. Seine Anwesenheit in Usbekistan hatte zu den Bedingungen der Weltbank für einen Agrarkredit gehört.
29.3.2015	In ganz Usbekistan finden Präsidentschaftswahlen statt. Noch am Abend des Wahltags erklärt Sergej Lebedjew als Leiter der GUS-Wahlbeobachtungsmission, dass die gut vorbereiteten Wahlen internationalen Standards entsprochen hätten.
30.3.2015	Die begrenzte Wahlbeobachtungsmission der OSZE/ODIHR kritisiert in einer ersten Stellungnahme, dass die Person Karimow den Wahlkampf dominiert habe und er nach den Bestimmungen der Verfassung gar nicht hätte kandidieren dürfen sowie weitere rechtliche und organisatorische Mängel.
30.3.2015	Die Zentrale Wahlkommission gibt das vorläufige Wahlergebnis bekannt, demnach erhielt Karimow 90,39 % der Stimmen, die Wahlbeteiligung lag bei 91,01 %.
30.3.2015	Die oppositionelle Internetplattform der Virtuellen Wahlkommission meldet ihre Umbildung in einen Koordinationsrat der Zivilgesellschaft mit dem Namen Alternatives Usbekistan. Ihm gehören bekannte Menschenrechtler und oppositionelle Gruppen, mehrheitlich im Exil, an.
31.3.2015	Afghanische Medien berichten vom Auftauchen eines Videos, in dem Vertreter der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) sich von den Taliban distanzieren und ihre Zusammenarbeit mit dem IS bekanntgeben. Außerdem wird gezeigt, wie ein afghanischer Regierungssoldat geköpft wird, die IMU will so die Freilassung mehrerer weiblicher Mitglieder erreichen.
1.4.2015	RFE/RL berichtet, dass das US-Justizministerium die schwedischen Untersuchungsbehörden offiziell gebeten hat, im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Bestechung und Geldwäsche gegen die Telekommunikationsfirmen VimpelCom, MTS und TeliaSonera im Zusammenhang mit ihren Geschäftsaktivitäten in Usbekistan mehr als 30 Mio. US-Dollar Aktiva einzufrieren.
2.4.2015	Die russische Zeitung Moskovskij Komsomolez meldet, dass in der Botschaft Usbekistans in Moskau Mitarbeiter einen Besucher geschlagen hätten. Der russische Staatsbürger habe heftig auf grobe Worte von Mitarbeitern der Botschaft gegen seine usbekische Begleiterin reagiert und daraufhin einen Fausthieb aufs Auge bekommen.
4.4.2015	Der Spiegel berichtet, dass in den kommenden Wochen in Taschkent Verhandlungen über den Pachtvertrag über den Luftwaffenstützpunkt Termez stattfinden werden, obwohl im November 2014 bereits Vereinbarungen abgeschlossen wurden. Laut Spiegel will Usbekistan die Pacht für 2016 von bisher 35 Mio. Euro auf 72,5 Mio. Euro mehr als verdoppeln.
7.4.2015	RFE/RL meldet, dass der Preis für Propangas, das wegen seines geringen Preises vielfach für den Betrieb von Autos verwendet wird, in vielen Gebieten des Landes in den vergangenen zwei Tagen von 1.100 Som (0,5 US-Dollar) auf 1.600 Som (0,64 US-Dollar) pro Liter gestiegen ist.
7.4.2015	In den USA wird der 26jährige usbekische Staatsbürger Dilchajot Kasimow wegen Anwerbung und Bezahlung von Kämpfern für den Krieg in Syrien verhaftet. Er soll mit zwei bereits im Februar verhafteten Landsleuten zusammengearbeitet haben.
8.4.2015	Im Bezirk Pap (Gebiet Namangan) wird feierlich eine mit koreanischer Technik errichtete Photovoltaik-Testanlage in Betrieb genommen, die 500–600 kWh Strom täglich liefern soll.

8.4.2015	RFE/RL meldet unter Berufung auf Angehörige, dass am 6.4. sieben Angeklagte von einem Strafgericht in Fergana wegen Mitgliedschaft in der verbotenen Hizb ut-Tahrir zu Freiheitsstrafen von sechs bis zehn Jahren verurteilt wurden, sechs weitere erhielten Bewährungsstrafen.
9.4.2015	Außenminister Abdulusis Kamilow empfängt Bachtijor Chakimow, den Sondergesandten des russischen Präsidenten für Angelegenheiten der SCO.
9.4.2015	Auf der unfallträchtigen Bergstraße, die die einzige Straßenverbindung zwischen Taschkent und dem Fergana-Tal ist, kommt es beim Zusammenstoß eines LKW mit zwei PKW zu einem Unfall mit elf Toten.
10.4.2015	Islam Karimow wird feierlich wieder in sein Amt eingeführt.
10.4.2015	Die Regional Anti-Terrorist Structure der SCO berät in Taschkent über Maßnahmen gegen Extremismus und Terrorismus.
13.4.2015	Das Uzbek-German Forum for Human Rights veröffentlicht einen Bericht über Zwangsarbeit während der Baumwollernte 2014, nach dem zwar weniger Kinder als in den Vorjahren eingesetzt waren, insgesamt aber mehr Menschen zur Arbeit verpflichtet waren und die Korruption zugenommen hat.
14.4.2015	Bei seiner Einreise von Moskau wird ein Fluggast auf dem Flughafen von Karschi mit einer Strafe von 592.000 Som (237 US-Dollar) wegen unerlaubter Einfuhr eines Flugobjekts belegt, weil er einen Spielzeugquadriopter nicht deklariert hatte. Seit 1.1.2015 ist in Usbekistan der Import, Verkauf und die Nutzung von unbemannten Flugobjekten verboten.
14.4.2015	Präsident Karimow unterzeichnet ein Dekret, nach dem ab 1.5. über Hundertjährige eine monatliche Zusatzzahlung von 100 % des Minimallohns bekommen.
14.4.2015	Laut Pressedienst des Außenministeriums tritt das Abkommen über eine verstärkte ökonomische Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation vom 10.12.2014 in Kraft.
14.4.2015	RFE/RL meldet, dass die fünf Brüder des im kirgisischen Exil lebenden Führers der Bewegung Alga Karakalpakstan (Vorwärts Karakalpakstan), die für die Unabhängigkeit der autonomen Republik eintritt, in Usbekistan verhaftet wurden.
15.4.2015	In Berlin wird der neue AI-Jahresbericht über Folter in Usbekistan vorgestellt.
16.4.2015	Fergananeews.com berichtet unter Berufung auf die usbekische Menschenrechtsallianz, dass am 9.4. in Bekabad (Gebiet Taschkent) ein 25-jähriger offensichtlich an durch Folter in Polizeigewahrsam erlittenen Verletzungen gestorben ist.
16.4.2015	In seiner Rede auf dem 7. Weltwasserforum in Daegu erklärt der stellvertretende Minister für Landwirtschaft und Wasserressourcen Usbekistans, Schawkat Chamrajew, dass nachhaltiges Wassermanagement in Usbekistan Priorität habe, die Lösung der ökologischen Probleme durch die Austrocknung des Aralsees aber gemeinsame Anstrengungen auf regionalem und internationalen Niveau erfordere.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH, vom Verband der Deutschen Wirtschaft in der Republik Kasachstan und von der GIZ unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g



giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistentz: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2015 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>